

Hans-Helmuth Knütter

Die DDR lebt!

Nanu, Fortleben der DDR? Der BRD-Bürger schüttelt den Kopf. Zu irgendetwas muß man ihn ja gebrauchen, wenn man politisch mitreden will, denn man ist ja ein „Mündiger“. Der Bürger weiß ja schließlich: Die Bundesrepublik hat doch die DDR überwunden und sich mit ihr vereint. Genau so rum ist's gelaufen. Die DDR ist durch Volkskammerbeschluß am 23. August 1990 der Bundesrepublik beigetreten. Am 3. Oktober 1990 hat die DDR aufgehört zu bestehen. Es gibt sie also nicht mehr. Was soll dann das Gerede vom Fortleben der DDR? Pure Verleumdung! Da wir für Freiheit sind, müssen wir solche üblen Meinungen unterbinden! Verbieten, damit alle sehen: Die Bundesrepublik ist freiheitlich!

Ja, es stimmt. Die seinerzeit real existierende DDR ist perdu, aber die ideal, die ideologisch existierende, ihre Methoden und vor allem ihre Daseinsrechtfertigung, der Antifaschismus, haben überlebt, und die Bundesrepublik ist von diesem Geiste der DDR besessen. „Aber das ist doch Unsinn“, sagt der gebildete, loyale und obrigkeitshörige Bundesrepublikaner, „schließlich bezeichnen wir die DDR als Unrechtssystem und sind selbst freiheitlich und demokratisch.“ Ja, in der Tat. Da ist etwas dran. Aber der fortexistierende Geist der DDR ist nicht identisch mit der Real-DDR. Dort gab es nämlich – mindestens in der Schlussphase – zwei Arten von Oppositionellen: Solche, die die Wiedervereinigung wollten. Die haben sich, was die politische Struktur anbetrifft, durchgesetzt. Aber auch solche, die ihre DDR als sozialistische Alternative zur kapitalistischen BRD erhalten wollten, aber es sollte eine bessere, humanere, weniger preußische DDR sein, weniger Staatssicherheit, weniger Kasernenhof, weniger Stalin und Honecker. „Irgendwie“ demokratischer, idealer. Also: Vom Realsozialismus zum Idealsozialismus. Diese Vorstellungen erwiesen sich als utopisch, unreal und blieben illusionär. Aber als Idee wirksam und in der Bundesrepublik erfolgreich. Manche Kritiker behaupten, die BRD entwickle sich zu einer „DDR light“. Daran trifft zu, dass die BRD zwar liberaler, partizipativer als die Alt-DDR ist, aber in geistig-moralischer Hinsicht bestehen Ähnlichkeiten.

Der Antifaschismus als Grundlage der DDR gilt auch in der Bundesrepublik. Das war auch vor 1989/90 so, hat sich aber seitdem verstärkt, weil der bis zum Ende des „Realsozialismus“ im Westen gültige Antitotalitarismus zugunsten des einseitigen östlichen Antifaschismus aufgegeben wurde. Die SED-Nachfolgepartei wird von den etablierten westlichen Altparteien als Teil des „demokratischen Spektrums“ anerkannt und wurde in mehreren Bundesländern und zahlreichen Kommunalparlamenten von der SPD, aber auch von der CDU als Bündnispartner akzeptiert. Der Antifa-Block der „demokratischen Parteien“, 1945 in der Sowjetzone gegründet, wirkt auch heute noch weiter, trotz offizieller Auflösung. Diese Tatsache wurde vor 1989 durch die SED-Propaganda verhüllt, die behauptete, die BRD sei ein Hort des Nazismus in geistiger und personeller Hinsicht. Die DDR sei wahrhaft antifaschistisch, da sie die Macht des mit den „Faschisten“ zusammenarbeitenden Kapitals gebrochen habe. Antifaschismus sei Sozialismus – das hat die Linke der Bundesrepublik übernommen, und die sog. „Bürgerlichen“ haben es akzeptiert.

Was ist denn nun das Üble an dieser Entwicklung? Ein schleichender Abbau der Freiheitsrechte unter moralischen Vorwänden: Einschränkung der Meinungsäußerungsfreiheit mit der Begründung, dies sei „Volksverhetzung“. „Propagandadelikte“, die es nur von „Rechts“ gibt. Ganz generell nehmen autoritäre und oligarchische Tendenzen zu.

Die offiziellen Propagandisten werden giften: „Alles Unsinn! Die Justiz hat sich gegenüber mancher Verwaltungswillkür als Wahrerin der Freiheitsrechte bewährt. Die geltenden,

einschränkenden Sicherheitsgesetze werden vom Gesetzgeber überprüft, und die Medien dienen der Meinungsfreiheit. Alles richtig, aber eben nur teilweise, und das Gegenteil gilt auch. Deshalb sollte bekämpft werden, was schlecht ist. Nur keine Verharmlosung! Es geht darum, die weitere Linksentwicklung aufzuhalten. Erkennen ist der erste Schritt zum Ändern. Bei unseren Zeitgenossen besteht eine gewisse Blindheit gegenüber Gefahren, die propagandistisch verhüllt werden. Der „Kampf gegen Rechts“ wird nach der Methode „Haltet den Dieb“ betrieben. Vom Versagen der etablierten Parteien und Politiker, von der Salonfähigkeit der Linksextremisten wird durch die Vortäuschung der Gefährlichkeit einer politischen Bewegung abgelenkt, die beim 0,8%-Bereich liegt und die gerade noch um ein Parteiverbot herumgekommen ist.

Die in der BRD erkennbar zunehmende Gesinnungsschnüffelei, die vormundschaftliche Meinungs- und Verhaltenssteuerung, die Zunahme autoritärer Tendenzen – das sind die aktuellen Bedrohungen. Wenn sich alle Parteien einschließlich der SED-Nachfolger zum Kampf gegen Rechts zusammenfinden, dann wird das gesamte politische System nach links gedrängt. Um ein Dichterwort zu zitieren: „Den Teufel spürt das Völkchen nie, und wenn er es beim Kragen hätte!“ Deshalb: Paßt bloß auf! Sonst kann es ein unangenehmes Erwachen geben.

Hinweis:

Der vorliegende Text wurde erstmals veröffentlicht in der Ausgabe 61/62 - 2013 des Deutschland-Magazins



welches von der Vereinigung DIE DEUTSCHEN KONSERVATIVEN e. V.

<http://www.konservative.de/Startseite>

herausgegeben wird.

Die Redaktion von www.links-enttarnt.net bedankt sich für die Zustimmung der Deutschen Konservativen e.V. für die Einwilligung zur online-Veröffentlichung.

Es wird darauf hingewiesen, daß der Verfasser dieses Beitrag, Prof. Knütter, bei der Vereinigung DIE DEUTSCHEN KONSERVATIVEN e. V. zum Themakomplex gerade eine Broschüre veröffentlicht hat mit dem Titel: **Mit Rot-Rot-Grün zum linksautoritären Staat.**

Diese Broschüre soll vor einer Gefahr warnen, die von einer rot-rot-grünen Vorherrschaft in Staat und Gesellschaft ausgehen könnte. Welche Gefahr? Es geht um die Einschränkung von Freiheitsrechten, um Meinungslenkung, um sozialpolitische Umgestaltungen. Zu diesem Zweck hat sich die SPD der ehemaligen SED, der heutigen Partei „Die Linke“ angenähert.

Prof. Dr. Hans-Helmuth Knütter

Mit Rot-Rot-Grün zum linksautoritären Staat



Nach ursprünglicher Ablehnung haben sich SPD und Grüne in der Minderheitsregierung von Sachsen-Anhalt bereits 1994 erstmals „tolerieren“ lassen, um sich dann ab 1998 in mehreren Landesregierungen mit der PDS ganz offiziell zu verbünden. Auf Bundesebene könnte dieses Bündnis eine „andere“ linksautoritäre Republik schaffen. Davor mit sachlichen Fakten zu warnen, ist wegen der mediengestützten Verharmlosung des Linksextremismus notwendig. Es sollte nicht zusammenwachsen, was hierzulande zusammenzuwachsen droht.

Sie können die Broschüre kostenlos und unverbindlich bestellen. Sofort lieferbar.

Hier kostenlos und unverbindlich bestellen:

info@konservative.de

oder Anruf unter

040 - 299 44 01

Die Redaktion von www.links-enttarnt.net empfiehlt bei Bezug dieser Broschüre eine Spende für DIE DEUTSCHEN KONSERVATIVEN.